

MONITOR

NACHHALTIGKEIT NR. 1 / 2021

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2021

Sind die Weichen richtig gestellt?

Sabina Wölkner, Gisela Elsner

- Am 10. März wurde die Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) der Bundesregierung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Nachjustierung steht die Stärkung der politischen Relevanz der DNS und ihrer Governance-Struktur, eine verbesserte Koordination zwischen den Ministerien sowie die systematische Erfolgskontrolle.
- Alle Bestrebungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit sollen an sechs Transformationsbereichen ausgerichtet werden, in denen Fortschritte besonders relevant sind und die mehrere SDGs verknüpfen sowie deren Wechselwirkung aufzeigen.
- Die Pandemie erhöht den Veränderungsdruck auf allen Ebenen und zeigt die Bedeutung der Mitgestaltung der DNS durch gesellschaftliche Gruppierungen. Unter dem Begriff "Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit" will die neue DNS diesem Anliegen stärker Rechnung tragen.
- Die an der Fortschreibung beteiligten Akteure sind sich einig, dass Deutschland bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele das Tempo deutlich erhöhen müsse. Daher gilt es, die Vernetzung mit den Zielen und Politiken des European Green Deal weiter voranzutreiben und seine Schwerpunkte auf die anderen Aspekte von Nachhaltigkeit auszuweiten.

Inhaltsverzeichnis

Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021	2
Relevanz durch kohärentes Handeln und starke Institutionen	3
Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Ebenen	3
Das Hochrangige Politische Forum und der European Green Deal	4
Fazit und Ausblick	5
Impressum	9
Die Autorinnen	9

Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021

Die am 10. März veröffentlichte Fortschreibung der **Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)** der Bundesregierung kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt. Das seit 2004 regelmäßig aktualisierte und 2016 an die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) gekoppelte Schlüsseldokument für Deutschlands Nachhaltigkeitspolitik muss sich daran messen lassen, ob unter Pandemie-Bedingungen die Umsetzung der SDGs bis 2030 noch gelingen kann. In der überarbeiteten DNS, die unter der Überschrift "Jetzt die Weichen richtig stellen für die Dekade des Handelns" steht, ist die Einschätzung eindeutig. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betont im Vorwort des 388seitigen Dokuments: "Die Pandemie hat den Handlungsdruck weltweit noch erhöht". Sie appelliert an alle Staaten, schneller und ehrgeiziger bei der Agenda-Umsetzung vorzugehen.

Alle Bestrebungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit sollen mit Inkrafttreten der neuen DNS an sechs **Transformationsbereichen** ausgerichtet werden, in denen Fortschritte im Hinblick auf das Erreichen der SDGs für besonders relevant gehalten werden und die jeweils mehrere SDGs verknüpfen sowie deren Wechselwirkung aufzeigen. Mit der Einführung der Transformationsbereiche wurde eine Anregung aus dem Dialogprozess zur Überarbeitung der DNS umgesetzt.

Die Transformationsbereiche und die SDGs, zu denen jeweils Bezüge bestehen, lauten:

- 1. Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit (SDGs 1, 3, 4, 5, 8, 9, 10).
- 2. Energiewende und Klimaschutz (SDGs 7 und 13)
- 3. Kreislaufwirtschaft (SDGs 8, 9 und 12)
- 4. Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende (SDGs 7, 8, 9, 11, 12 und 13)
- 5. Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme (mit Bezügen zu den SDGs 2, 3, 12 und 15)
- 6. Schadstofffreie Umwelt (SDGs 6, 13, 14, 15, ferner 3, 11 sowie 8)

Die in die Fortschreibung eingebundenen Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik begrüßten die umfassende Überarbeitung der DNS. Um in Deutschland die "Weichen für ein Jahrzehnt der Nachhaltigkeit" (**Rat für Nachhaltige Entwicklung**, RNE) zu stellen, hatten sie insbesondere in folgenden Bereichen Verbesserungsbedarf konstatiert:

Relevanz durch kohärentes Handeln und starke Institutionen

Die Ansiedlung der Zuständigkeit für die DNS beim Bundeskanzleramt, genauer: beim **Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung** (StA NHK) unter der Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts, zeigt, dass nachhaltige Entwicklung hierzulande als Chefsache gilt. Trotz dieser idealen Ausgangsbedingungen legt die Pandemie offen, dass eine Nachjustierung der Strategie unausweichlich ist. Je länger die Covid-19-Krise andauert, umso lauter hallt der Ruf aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, den pandemiebedingten Wiederaufbau des Landes mit der DNS zu verknüpfen und ihre *Governance*-Struktur zu stärken.

Für das **Wissenschaftsnetzwerk SDSN** (Sustainable Development Solutions Network, SDSN) gilt es zunächst, die Strategie in Parlament und Gesellschaft stärker zu verankern. Nach wie vor sei die "Nachhaltigkeitspolitik bislang kaum in der Lage, die "gläserne Decke' zur Realpolitik zu durchstoßen".² Zwar fand im September 2020 erstmalig eine Nachhaltigkeitswoche im Bundestag statt, in der sich die Fraktionen im Parlament zum Thema Nachhaltigkeit positionierten. Dabei wurde der gemeinsame Antrag von CDU/CSU und SPD "Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik"³ angenommen. Doch um das Leitprinzip der Nachhaltigkeit in all seinen Dimensionen in das Zentrum des politischen Handelns zu rücken, ist mehr nötig.

Nach Ansicht des fraktionsübergreifenden **Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung** (PBnE) gilt es, den Legislativprozess ins Visier zu nehmen. Der PBnE empfiehlt, "die bisherigen Nachhaltigkeitsprüfungen von parlamentarischen Gesetzesvorhaben zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsgesetzesfolgenabschätzung weiterzuentwickeln"⁴, um Gesetze in einem frühen Stadium des Gesetzgebungsverfahrens durch den Nachhaltigkeitskontrollrat oder den Deutschen Bundestag zu überprüfen. Eine solche Reform würde nicht nur die Relevanz der DNS im politischen "Maschinenraum" stärken. Gleichzeitig wäre der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern am Beispiel konkreter Gesetzesvorhaben leichter zu führen. Auch der PBnE selbst hätte von einer solchen Reform einen Nutzen, da er – wie er selbst einräumt – "außerhalb der "Nachhaltigkeitsszene" kaum bekannt ist – und er auf diese Weise in der interessierten Öffentlichkeit präsenter würde. Voraussetzung wäre dafür allerdings auch, den Beirat in seinen Befugnissen zu stärken und ihn den Bundestagsausschüssen gleichzustellen.

Zudem ist die verbesserte Koordination zwischen den **Ministerien** essentiell, um die Prinzipien und Ziele der DNS kohärent in die Einzelstrategien- und -programme in den Ressorts zu übertragen und so rascher greifbare Ergebnisse bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu erzielen. Der RNE empfiehlt, dafür die Koordinierungsfunktion des im Prozess federführenden Bundeskanzleramtes auszubauen sowie eine Erfolgskontrolle und ein "follow-up" bei absehbaren Zielverfehlungen in den Ressorts einzuführen. Er fordert eine konsequente Nachverfolgung der sog. "off-track"-Indikatoren, also überall dort, wo die Zielerreichung in weite Ferne rückt und daher dringend umgesteuert werden müsste.⁵ Aus Sicht der **Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030** (wpn2030) war es deshalb ein wichtiger Schritt, dass mit der neuen DNS alle Bundesministerien zu diesen Bereichen gegenüber dem Staatssekretärsausschuss berichten müssen und eine Veröffentlichung der Ergebnisse vorgesehen ist.⁶ Für die verbesserte Sichtbarkeit wurde zudem der Vorschlag gemacht, einen Staatsminister bzw. eine Staatsministerin für Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt zu etablieren.⁷

Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Die Pandemie wirkt in vielen Handlungsfeldern wie ein Brandbeschleuniger und erhöht den Veränderungsdruck. Dabei zeigt sie die Bedeutung der Mitwirkung nicht nur aller staatlichen Ebenen und Akteure, sondern auch der gesellschaftlichen Gruppierungen an einem gelingenden Gemeinwesen, insbesondere in Zeiten grundlegender Reformen. Diese Mitwirkung wie auch eine entsprechende Kommunikation zwischen den Akteuren ist für die Umsetzung der in der Agenda 2030 und der DNS geforderten Nachhaltigkeitstransformation von immenser Bedeutung.

Die neue DNS will diesem Anliegen unter dem Begriff "Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit" Rechnung tragen und neben bereits bestehenden Instrumenten des Austauschs und der

Zusammenarbeit teilweise neue Formate für die Einbindung gesellschaftlicher Akteure im Rahmen des Multiakteursansatzes einrichten. Dabei soll das vielfältige Engagement von Akteuren der Zivilgesellschaft, also von **Bürgerinnen und Bürgern**, **Gewerkschaften**, **Kirchen und zivilgesellschaftlichen Verbänden**, noch mehr in die Entwicklung und Umsetzung der DNS eingebunden werden: ihr Einsatz soll gestärkt und sichtbar gemacht werden und sie sollen untereinander sowie mit weiteren Akteuren vernetzt werden. Mit der zügigen Konzeption und Umsetzung des "Gemeinschaftswerks Nachhaltigkeit", das Bund und Länder im Herbst 2020 beschlossen haben⁸, wurde der RNE beauftragt.

Der genannte Beschluss zum "Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit" soll in der föderal organisierten Bundesrepublik die Kohärenz der deutschen Nachhaltigkeitspolitik stärken. Dies findet auch bereits seinen Ausdruck im **Bund-Länder-Erfahrungsaustausch für nachhaltige Entwicklung (BLE NE**), der zweimal jährlich unter Leitung des Vorsitzlandes der Ministerpräsidentenkonferenz und des Bundeskanzleramts stattfindet. Der politische Wille zur gemeinsamen arbeitsteiligen Umsetzung nachhaltiger Entwicklung wurde in einer Erklärung der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten im Juni 2019 festgehalten. Die meisten Bundesländer haben in Anlehnung an die DNS eigene Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet, in einigen Ländern auch die Kommunen. Kommunale Spitzenverbände sind daher in den Austausch einbezogen.

Durch den Fokus auf Resilienz beim pandemiebedingten Wiederaufbau rückt die **Privatwirtschaft** in den Vordergrund des Nachhaltigkeitsdiskurses. Im Mittelpunkt steht die Rolle von Unternehmen bei der Reduzierung von Abhängigkeiten in den globalen Lieferketten bei systemrelevanten Produkten sowie bei der digitalen Infrastruktur. Auch die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung von Globalisierung wird sich künftig weiter stellen. Die teils heftigen Auseinandersetzungen um das Lieferkettengesetz in Deutschland zum verbesserten Schutz der Menschrechte entlang der Wertschöpfungsketten zeigen, dass beim Ringen um Lösungen die Suche nach ökonomisch tragfähigen Konzepten unabdingbar ist, um eine Polarisierung entlang dieser Fragen zu verhindern.

Wissenschaft und Forschung mit inter- und transdisziplinären Ansätzen sind für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele weiterhin zentral, weil die Ziele selbst Innovationstreiber und miteinander hochgradig vernetzt sind. Dabei ist der ständige Austausch zwischen Wissenschaft und Politik von fundamentaler Bedeutung, um eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen, die den ökologischen Herausforderungen mit wirtschaftlich tragfähigen und sozial ausgewogenen Lösungen begegnet, was gerade in Pandemie-Zeiten gilt. Der in der DNS neu eingeführte Indikator 3.3 zur globalen Pandemie-Prävention etwa ist auf diesen Austausch zurückzuführen. Er rückt damit das Prinzip der Vorsorge und Prävention beim Umgang mit Nachhaltigkeit weiter in den Vordergrund.

Das Hochrangige Politische Forum und der European Green Deal

Die DNS legt die Maßnahmen Deutschlands zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele auf drei Ebenen dar. Neben Maßnahmen mit Wirkung in Deutschland geht es um Maßnahmen durch Deutschland mit weltweiten Wirkungen. Hinzu kommt die Unterstützung anderer Länder in Form der bilateralen Zusammenarbeit.

Mit Blick auf die internationale Ebene steht das alljährlich stattfindende **Hochrangige Politische Forum zu Nachhaltiger Entwicklung** (HLPF) der Vereinten Nationen (VN) im Mittelpunkt. Zwar gilt das HLPF mit Blick auf Qualität und Vergleichbarkeit der dort diskutierten Staatenberichte, der sog. "*voluntary national reviews*", als reformbedürftig, doch ist es weiterhin das einzige Forum zum Monitoring der Fortschritte der Länder und dazu relevanter SDG-Themen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und weiterer Organisationen.

Die wpn2030 fordert, die DNS besser in die internationale und multilaterale Politik einzubinden und mit der zeitlichen Aufeinanderfolge von zentralen politischen Prozessen abzustimmen. ¹⁰ Auch die Frage, wie die Bundesregierung die Aufholjagd bei der Umsetzung der SDGs im Pandemie-Kontext erreichen möchte, spiele eine wesentliche Rolle. Zur Unterstützung der VN

beim "Build back better"-Prozess wird sich im Juli 2021 die Gelegenheit bieten, wenn Deutschland zum zweiten Mal seinen Staatenbericht vor dem Forum präsentiert.

Letztlich wären internationale Allianzen von Staaten hilfreich, die für die Einhaltung hoher Nachhaltigkeitsstandards zu Hause und im Ausland werben und dies zur Priorität ihrer internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit erheben. Dabei, so gibt der RNE zu bedenken, dürfe Nachhaltigkeitspolitik nicht nur Richtschnur in den Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens sein, sondern müsse für die EU insgesamt sowie im Verhältnis zu den USA, China und sogar Russland gelten.¹¹

Immerhin hat sich auf EU-Ebene mit dem *European Green Deal* einiges getan. Mit der Präsentation der Leitlinien des *Green Deal* im Dezember 2019 wurde ein neuer politischer Rahmen geschaffen, der die SDGs der UN-Agenda 2030 auf die EU "herunterbricht" und eine umwelt- und ressourcenschonende Wachstumsstrategie mit Zielen und Aktionsplänen für Europa etabliert. Auch wenn dabei der Fokus auf den ökologischen Herausforderungen und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 liegt, sieht SDSN die Chance, den Green Deal zu einem "verbindenden, gemeinschafts- und identitätsstiftenden Instrument innerhalb der EU" ¹² zu machen.

Das klingt nach "Zukunftsmusik", allerdings stimmen die in der DNS ausgewiesenen sechs Transformationsbereiche inhaltlich in etwa mit den Schlüsselthemen des *EU Green Deal* überein: Klimaschutz, Energiewende und Kreislaufwirtschaft, eine nachhaltige Transformation von Bauund Mobilitätssektor, eine schadstofffreie Umwelt und nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme sind sowohl in Deutschland als auch auf der Ebene der Europäischen Union Bereiche, in denen Fortschritt als besonders wichtig erachtet wird.

Fazit und Ausblick

- Die Fortschreibung der DNS leistet einen Überblick über den Entwicklungsstand und die Zusammenarbeit der Institutionen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in, mit und durch Deutschland. Dabei ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung eine Anregung aus dem Dialog aufnehmend gemeinsam mit relevanten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren den Austausch darüber fortführen möchte, an welchen Stellen die Strategie weiter geschärft werden soll. Doch die entscheidenden strukturellen Veränderungen lassen sich erst in der kommenden Legislaturperiode angehen. Dabei geht es u.a. um die dringende politische Aufwertung des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung im Entscheidungsprozess und die Einführung der von ihm geforderten umfassenden Nachhaltigkeitsgesetzesfolgenabschätzung. Nicht zuletzt in diesem Feld wird sich der tatsächliche politische Wille zur Umsetzung der Nachhaltigkeitstransformation zeigen müssen.
- 2. Mit der Corona-Pandemie rückt, neben dem Vorsorgeprinzip, der demokratischen Teilhabe, der Anerkennung von ökologischen Grenzen und den Menschenrechten, die Forderung nach Resilienz als gesundheitspolitisches, wirtschaftliches und soziales Leitziel in den Vordergrund: die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften eine Thematik, die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel jüngst ausführlich zum Gegenstand ihrer Rede beim Davos-Dialog des World Economic Forum machte. 13 Dieser Schritt auf nationaler Ebene entspricht dem auf UN-Ebene propagierten "build back better" und soll mit der beim SDG-Gipfel 2019 ausgerufenen "Dekade des Handelns und der Erfolge für nachhaltige Entwicklung" verbunden werden. Zur Realisierung dieses Anspruchs sind neben starken Institutionen und einer vertieften öffentlichen Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsthemen mehr Sichtbarkeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie in multilateralen Foren etwa durch die vorgeschlagene Schaffung einer Staatsministerin bzw. eines Staatsministers für Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt oder einer vergleichbaren Funktion notwendig.
- 3. Die an der Fortschreibung beteiligten Akteure sind sich einig, dass die Weiterentwicklung der DNS gelungen ist, aber Deutschland bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele das

Tempo deutlich erhöhen müsse. Daher gilt, die **Vernetzung** mit den Zielen und Politiken des *European Green Deal* weiter voranzutreiben und seine Schwerpunkte auf die anderen Aspekte von Nachhaltigkeit auszuweiten. Ein nächster Staatenbericht Deutschlands vor dem HLPF soll laut DNS dann im Jahr 2024 erfolgen, aufbauend auf der nächsten Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Fest steht, dass der Einsatz für Nachhaltigkeit eine Daueraufgabe ist, die über Wahlperioden hinausgeht und die Politik auch nach der Bundestagswahl weiter fordern wird.

- ¹ Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2021, hrsg. von der Bundesregierung, Stand: 15. Dezember 2020, Kabinettbeschluss vom 10. März 2021.
 - https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1873516/3d3b15cd92d0261e7a0bcdc8f43b7839/2021-03-10-03-03-10-0 dns-2021-finale-langfassung-nicht-barrierefrei-data.pdf?download=1, (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ² Nachhaltigkeitspolitik im Krisenmodus, Stellungnahme von SDSN Germany, Bonn, den 04.06.2020, https://www.diegdi.de/fileadmin/user_upload/pdfs/dauerthemen_spezial/20200604_Nachhaltigkeitspolitik_im_Krisenmodus_SDSN_Ger many.pdf, (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ³ Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik, Deutscher Bundestag Drucksache 19/22505 19. Wahlperiode, 15.09.2020, https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/225/1922505.pdf, (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ⁴ Parlamentarischer Beitrat für Nachhaltige Entwicklung, Positionspapier: Den Nachhaltigkeitszielen im Gesetzgebungsverfahren ein angemessenes Gewicht verleihen, 19. Wahlperiode, Deutscher Bundestag, https://www.bundestag.de/resource/blob/704126/5200ee72f67fa1a6f17bb0e32a4d401d/positionspapier-Weiterntwicklung-PBnE-data.pdf, S.2ff (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ⁵ Jetzt die Weichen für ein Jahrzehnt der Nachhaltigkeit stellen! Stellungnahme des RNE zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021", S.2, https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wpcontent/uploads/2020/10/20201029_RNE_Stellungnahme_zur_Weiterentwicklung_der_Deutschen_Nachhaltigkeitsstrateg ie inkl_Anlage.pdf (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ⁶ wpn2030, Statement zur überarbeiteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, 12.03.2021, https://www.wpn2030.de/wpcontent/uploads/2021/03/Statement-DNS2021.pdf (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ⁷ wpn2030 Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Nachhaltig aus der Corona-Krise! Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik (2020): - IASS Brochure, https://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/item_6000421, S. 15 (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- ⁸ Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder am 12. November 2020, TOP 6 Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Beschluss vom 12. November 2020, https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1811660/eec5656c8ec32c2142a56b95b24b7024/2020-11-16-chefbk-beschluss-dns-data.pdf?download=1 (zuletzt konsultiert: 24.03.2021)
- ⁹ Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung Bund und Länder erklären ihre Verantwortung für eine gute Zukunft, Pressemitteilung der Bundesregierung, 6. Juni 2019, https://www.bundesregierung.de/bregde/aktuelles/pressemitteilungen/gemeinsam-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung-bund-und-laender-erklaeren-ihreverantwortung-fuer-eine-gute-zukunft-1635460 (zuletzt konsultiert: 24.03.2021)
- 10 wpn2030 Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Nachhaltig aus der Corona-Krise! Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik (2020): - IASS Brochure, https://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/item_6000421, S. 13 (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- 11 Jetzt die Weichen für ein Jahrzehnt der Nachhaltigkeit stellen! Stellungnahme des RNE zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021", siehe Kapitel Kohärenz stärken, S.3, https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp- $\underline{content/uploads/2020/10/20201029_RNE_Stellungnahme_zur_Weiterentwicklung_der_Deutschen_Nachhaltigkeitsstrateg$ ie inkl Anlage.pdf (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)
- 12 Sustainable Development Solutions Network Germany, Stellungnahme: Fünf Vorschläge zur strukturellen Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Bonn, 03.03.2020, S. 2, https://www.diegdi.de/fileadmin/user upload/pdfs/dauerthemen spezial/20200303 StN DNS SDSN Germany 03.03.2020.pdf, (zuletzt konsultiert: 26.03.2021)

¹³ Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich des Davos-Dialogs des World Economic Forum am 26. Januar 2021 (Videokonferenz), hrsg. von der Bundesregierung, https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-anlaesslich-des-davos-dialogs-des-world-economic-forum-am-26-januar-2021-videokonferenz-1844594.pdf (zuletzt konsultiert: 24.03.2021)

Impressum

Die Autorinnen

Sabina Wölkner leitet die Abteilung Agenda 2030 in Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gisela Elsner ist in der Abteilung Agenda 2030 für Grundsatzfragen Nachhaltigkeit zuständig.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Sabina Wölkner

Leiterin Abteilung Agenda 2030 Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3522 sabina.woelkner@kas.de

Gisela Elsner

Referentin Grundsatzfragen Nachhaltigkeit, Abteilung Agenda 2030 Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3759 gisela.elsner@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von "Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)